

2006/172
öffentlich

Datum: 03.08.2006

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	31.08.2006	

Betreff

Antrag von Ratsmitglied Thomas Schmidt vom 23. Juli 2006; Befreiung vom Eigenanteil an Lernmitteln für ALG-II-Bezieherinnen und Bezieher

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Thomas Schmidt

Sachverhalt

"Es gibt keine Politikverdrossenheit der Bürger, sondern eine Bürgerverdrossenheit der Politik."

Ratsherr

Thomas Schmidt

Am Knie 26
44581 Castrop-Rauxel

t.schmidt@ubp-castrop-rauxel.de

www.ubp-castrop-rauxel.de

Thomas Schmidt – Am Knie 26 – 44581 Castrop-Rauxel

An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, 23.07.2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, bei der nächsten Sitzung des Rates folgenden Änderungsantrag zum Antrag der Linkspartei.PDS auf die Tagesordnung zu setzen :

Änderungsantrag : Befreiung vom Eigenanteil an Lernmitteln für ALG-II-Bezieherinnen und Bezieher

Ich bitte den Rat der Stadt Castrop-Rauxel folgenden Beschluss zu fassen:

Alle Castrop-Rauxeler Schülerinnen und Schüler werden ab dem Schuljahr 2006/2007 von den Eigenanteilen an Lernmitteln befreit.

Begründung:

Der Antrag der Linkspartei.PDS geht in die richtige Richtung, bedarf aus meiner Sicht aber einer Modifizierung.

Es ist offensichtlich, dass die Arbeitsmarkt„reformen“, die als Hartz-Gesetze bekannt wurden - besonders im Falle von Hartz IV – nicht nur einen faulen Kompromiss der damals offiziell noch nicht bestehenden Großen Koalition darstellen, sondern sowohl sozial- als auch finanzpolitisch ein Desaster sind.

Obwohl gegenüber den Planungen Mehrkosten in angsteinflößender Höhe entstanden sind, wurde der Arbeitsmarkt nicht wirklich positiv beeinflusst, sondern sind im Gegenteil Millionen deutscher Haushalte durch sie verarmt resp. leiden unter der sowohl realen als auch tragischen Angst, in naher Zukunft zu verarmen. Besonders im Falle ehe-

maliger Arbeitnehmer, die an ihrer Lage nicht selber Schuld tragen, sondern die Opfer der wirtschaftlichen Situation geworden sind, ist diese Situation unerträglich!

Da diese Bürger – gerade dann wenn auch Kinder betroffen sind – unter dieser Situation ohnehin besonders leiden, müsste es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Solidargemeinschaft ihnen unter die Arme greift, um sicherzustellen, dass den Kindern neben einer unbeschwerten Kindheit, nicht auch noch das Recht auf Bildung streitig gemacht wird und damit zudem deren Zukunft vorgezeichnet scheint.

Allerdings ist diese kostenlose Bildung nicht nur für Kinder von ALG II-Beziehern ein hohes und notwendiges Gut, sondern auch für viele berufstätige Familien bedeutet die Eigenbeteiligung an den Lernmitteln eine nicht unerhebliche, zusätzliche Belastung - gerade da in vielen Haushalten schon heute das verfügbare Nettoeinkommen aufgrund der hohen Abgaben nahe der Armutsgrenze liegt und steigende Energiepreise, Krankenkassenbeiträge und weitere Kosten sowie vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer diesen Zustand nicht gerade verbessern werden.

Es ist sowieso fraglich, warum es eine allgemeine Lernmittelfreiheit in Castrop-Rauxel noch nicht gibt, denn zum einen ist dieser wichtige Baustein für eine kinderfreundliche Politik in anderen Bundesländern durchaus schon existent und zum anderen mahnen doch Vertreter sämtlicher etablierten Parteien in ihren Sonntags- und Wahlkampfreden ständig die Kinder- und Familienpolitik an.

Wenn das Land NRW dazu allerdings dennoch nicht bereit ist, muss eben die Stadt Castrop-Rauxel zum Wohle ALLER Kinder einspringen.

Zudem könnte sich die Übernahme der Kosten durch die Stadt durchaus auch als Standortvorteil bei der Ansiedlung neuer Bürger in unserer Stadt darstellen.

Zur Refinanzierung der Kosten könnte sich außerdem der Vorschlag der FWI bezüglich der Suche nach Sponsoren als brauchbar erweisen.

Daher möchte ich alle Fraktionen bitten, meinem Antrag zuzustimmen und zu beweisen, dass die Politik der Stadt Castrop-Rauxel nicht nur von einer kinderfreundlichen, lebens- und lebenswerten Stadt redet, sondern ihren Worten auch Taten folgen lässt.

Ich bin übrigens optimistisch bezüglich meines Antrages, da ich zumindest die SPD-Fraktion hinter mir weiß, deren Position zur Familienpolitik ihr Fraktionsvorsitzender Burkhard Kapteinat am 21.Juli dieses Jahres in den Ruhr-Nachrichten (am Beispiel der Kindergartenfinanzierung) deutlich machte :

"Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes im Interesse aller ermuntern wollen, Kinder zu erziehen, dann ist es Aufgabe der Solidargemeinschaft, die Eltern zu unterstützen" – Burkhard Kapteinat, Castrop-Rauxeler SPD-Fraktionsvorsitzender

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schmidt

(im Originalen unterzeichnet)

(Stellvertr. Vorsitzender des UBP-Kreisverbandes Recklinghausen)